

(Vizepräsident Jan Söffing)

(A) Wir kommen zu:

3 Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Rundfunkrat des "Westdeutschen Rundfunks Köln"

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 13/1189 (Neudruck)

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, so dass ich unmittelbar **abstimmen** lasse. Wer stimmt für den **Wahlvorschlag Drucksache 13/1189 (Neudruck)**? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Gesetz zur Weiterentwicklung von Schulen (Schulentwicklungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1173

(B)

erste Lesung

Ich darf auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/1218** hinweisen.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile zunächst für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Speth das Wort.

Brigitte Speth (SPD)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden Koalitionsfraktionen legen dem Landtag heute das Gesetz zur Weiterentwicklung von Schulen vor. Das Modellvorhaben Selbstständige Schule hat das Ziel - das würde ich gerne am Anfang sehr deutlich sagen -, nach der Phase der Erprobung allen Schulen des Landes diese Selbstständigkeit zu geben. Alle Schulen des Landes sollen also in die Selbstständigkeit entlassen werden. Das muss von vornherein klar sein. Das heißt, es geht im Kern nicht mehr um die Frage, ob wir die selbstständige Schule wollen. Vielmehr gilt, wir wollen am Ende

mehr Selbstständigkeit, mehr Eigenverantwortung für alle Schulen und im Übrigen auch für alle am Schulleben Beteiligten.

(C)

Ich bin fest davon überzeugt, dass vieles an der Schule selbst sehr viel besser und sehr viel effektiver organisiert werden kann. Das bedeutet natürlich: weniger Vorschriften und weniger Gängelung für die Schulen.

Schulen sind so unterschiedlich wie ihre Stadtteile. Deshalb ist der Staat gut beraten, sich auf Rahmenvorgaben zu beschränken. Nun hat der Präsident eben darauf hingewiesen, dass es auch einen Antrag der Fraktion der CDU zu diesem Thema gibt, der heute vorgelegt worden ist. An dieser Stelle möchte ich gern einige Sätze zum Antrag sagen, weil diese zum Grundsätzlichen passen.

Ich habe mir ein wenig die Augen gerieben bei dem Satz, die Landesregierung nehme nach und nach Forderungen der CDU auf wie in diesem Fall, Schulen mehr Freiraum zu geben. Ich weiß nicht, wo Sie in der Vergangenheit gelebt haben. Ich sage das auch so deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich noch sehr genau an all die Debatten, die wir im Laufe der Jahre geführt haben, um den Schulen ein Stückchen mehr Selbstständigkeit zu geben. Ich erinnere mich vor allem, als wir hier über Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule gesprochen haben. Das war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übrigens der erste ganz wichtige Baustein, um den Schulen mehr Raum zu geben. Und in der Debatte - daran erinnere ich mich noch ebenso genau - hat sich die CDU-Fraktion mit ihren Rednerinnen und Rednern über diese kleine Türöffnung aufgeregt. Sie hat uns vorgeworfen, wir wollten die Schule der Beliebigkeit und Ähnliches.

(D)

Meine Damen und Herren, ich bin ja froh und dankbar, dass Sie heute auch für mehr Freiräume sind. Vor einigen Jahren war die CSU in Bayern übrigens da schon weiter als die CDU in Nordrhein-Westfalen. Mich verwundert allerdings, dass Sie in Ihren Vorschlägen, die ja relativ sparsam sind, die Stärkung der Schulaufsicht, präzise Lehrpläne und zentrale Abschlussprüfungen wollen.

(Brigitte Speth [SPD])

(A) Meine Damen und Herren, das ist genau das, was wir nicht wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage das auch ganz offen. Wir wollen dagegen Rahmenvorgaben, beispielsweise in Lehrplänen, in der Stundentafel, in unterrichtsorganisatorischen Vorgaben, also einen staatlichen Rahmen, in dem sich die Schulen bewegen können. Das sind Freiheiten. Was Sie wollen, sind neue Vorschriften, und das ist kontraproduktiv.

In dem Modellvorhaben selbst - darauf würde ich jetzt gern zurückkommen - wollen wir gemeinsam mit den Schulträgern und mit den Schulen erproben, wie durch eine eigenverantwortliche Steuerung der Schulen die Qualität von Unterricht und der schulischen Arbeit verbessert werden kann.

Das heißt, die Schulen sollen bei der Personalbewirtschaftung, bei der Stellenbewirtschaftung, bei der Sachmittelbewirtschaftung sowie in unterrichtsorganisatorischen Fragen und gestalterischen Fragen weitgehend selbstständige Entscheidungen treffen können. Und sie können auch durch neue Wege die Schulmitwirkung und die Personalvertretung qualifizieren. Das ist richtig so.

(B)

Ich sage aber dazu: Das wird ein spannender Prozess sein. Ich persönlich finde, das Spannendste an diesem Prozess ist, dass künftig das Land und die Kommune, selbstverständlich unter Wahrung der jeweiligen Verantwortlichkeit, sich stärker als je zuvor um die Schulen in ihrer Gemeinde kümmern. Das ist eine neue Qualität. Das hebt zwar nicht die unterschiedliche Zuständigkeit auf - das ist auch nicht gewollt -, aber diese Kooperationen vor Ort kommen den Schulen zugute.

Für das Modellvorhaben kann sich nämlich - und das ist der Ansatz dieses Modellvorhabens - nur der Schulträger mit seinen Schulen bewerben. Damit das klar ist: Es müssen nicht alle Schulen dabei sein. Schulen, die nicht wollen, sollen es auch nicht müssen. Aber in jedem Fall sollten Schulen aller Schulformen vertreten sein. Das Land und die jeweilige Kommune unterstützen die Schulen: das Land durch Geld, durch Entlastungsstunden für die Schulleitungen, die ja mehr Arbeit haben, durch Projektmanagement - die Kommune durch ein regionales Bildungsbüro und durch einen lokalen Schulentwicklungsfonds.

(C) Die jeweils unterstützenden Leistungen für die Schulen werden durch einen Kooperationsvertrag festgelegt. Das muss auch so sein, damit Sicherheit für die Schulen herrscht.

Damit das Modellvorhaben zum Schuljahr 2002/03 starten kann, müssen den Schulen und den Schulträgern diese Freiräume, die sie dann haben werden, gesetzlich verordnet werden. Und dies geschieht über die Öffnungsklausel, die dem Landtag heute in Art. 1 des Schulentwicklungsgesetzes vorliegt.

Wenn einer Schule die selbstständige Personalbewirtschaftung beispielsweise übertragen wird, ist die Schule dann Dienststelle. Das ist übrigens ganz neu in Nordrhein-Westfalen, und das ist ein ganz großer Schritt. Das bedeutet natürlich in der Konsequenz, dass der Schulleiter/die Schulleiterin dann auch Dienstvorgesetzte sind. Nun weiß ich ja, dass auch hiermit Ängste verbunden sind. Einige fürchten den Schulleiter/die Schulleiterin als Dienstvorgesetzte wie der Teufel das Weihwasser. Um aber klar zu machen, wer in einer so selbstständigen Schule verantwortlich ist, brauchen wir selbstverständlich den Schulleiter/die Schulleiterin als Dienstvorgesetzte. Diese Klärung der Verantwortung ist notwendig. Das bedeutet zukünftig vor allem noch mehr Sorgfalt bei der Auswahl von Schulleiterinnen und Schulleitern, und das bedeutet heute für diejenigen, die es bereits sind, dass sie entsprechend qualifiziert werden müssen. Denn ihre Aufgabe verändert sich in Richtung Personalführung, in Richtung Konfliktmanagement, in Richtung Management generell, auch in Richtung Öffentlichkeitsarbeit und was alles damit einhergeht.

(D)

Um die Mitbestimmung auf der Ebene der Schule zu gewährleisten - und das ist natürlich genauso wichtig - wird korrespondierend zum Schulleiter oder zur Schulleiterin als Dienstvorgesetzte der Lehrerrat ein Personalrat im Sinne des Landespersonalvertretungsgesetzes. Das ist nicht nur notwendig, sondern es eröffnet auch ganz neue Chancen direkt am Ort des Geschehens, also an der einzelnen Schule Probleme gemeinsam zu lösen, auch dann, wenn es beispielsweise um die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern und um Abordnungen geht.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

In Art. 2 des Gesetzentwurfes werden begleitend einige Gesetze geändert, z. B. das Schulfinanzge-

(Brigitte Speth [SPD])

- (A) setz, das Landespersonalvertretungsgesetz, die Gemeindeordnung und andere. Die Änderung dieser Gesetze bezieht sich - das muss man hinzufügen - nicht nur auf die Schulen im Modellvorhaben, sondern auf alle Schulen des Landes. Sie ergänzen einerseits die Öffnungsklausel. Gleichzeitig sind wir aber sicher, dass die Veränderungen, die damit verbunden sind, heute schon allen Schulen zugute kommen sollen.

Ich nenne zwei Beispiele. Das eine Beispiel ist die Änderung des Schulfinanzgesetzes. Dabei geht es um die Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle. Das ist meines Erachtens ein guter Ansatz. Bisher hat sich die Arbeitszeit ausschließlich an der wöchentlichen Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern bemessen. Für die innere Organisation einer Schule ist es meiner Meinung nach aber wichtig, andere Bemessungsgrundlagen zu erproben, etwa ein Arbeitszeitkonto oder eine jährliche Arbeitszeit. Das ermöglicht eine flexiblere Organisation des Unterrichtseinsatzes von Lehrerinnen und Lehrern.

Für die Schulen im Modellversuch ist dieser Freiheitsgrad aus meiner Sicht absolut notwendig. Ebenso sicher bin ich mir, dass dieses Instrument, über andere Arbeitszeitformen zu diskutieren, auch an anderen Schulen, die nicht am Modellversuch teilnehmen, begehrt sein wird. Meiner Meinung nach ist es auch für sie eine Erleichterung im Hinblick auf die eigene Organisation.

(B)

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes. In diesem Zusammenhang spüre ich die Sorgen und Ängste der Gewerkschaften, der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch der Beschäftigten in anderen Bereichen, insbesondere des öffentlichen Dienstes. Deshalb mache ich einige Bemerkungen zur Klarstellung:

Erstens. Es geht überhaupt nicht, wie einige leichtfertig behaupten, um einen Generalangriff auf das Landespersonalvertretungsgesetz. Das wäre völlig falsch. Es wäre übrigens aus Sicht der politischen Ebene auch kontraproduktiv.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Zweitens. Wir schlagen drei Änderungen vor, die sich ausschließlich auf den Lehrerbereich beziehen. Dabei soll es auch bleiben. Es ist nicht daran gedacht worden, das Landespersonalvertretungsgesetz in anderen Teilen zu verändern.

- (C) Drittens. Die vorgelegten Änderungen sind aus unserer Sicht allerdings notwendig, damit die Schulen bzw. die Schulaufsicht schneller auf akute Situationen des Lehrermangels reagieren können. Das hilft der Schule und damit natürlich den Schülerinnen und Schülern. Letztlich kommt es darauf an, dass wir für sie Maßnahmen ergreifen.

Viertens. Wenn andere bessere Vorschläge haben, die dasselbe Ziel erreichen, bin ich sicher, dass sich die SPD-Fraktion und sicherlich auch die grüne Fraktion diesen nicht verschließen und sich damit konstruktiv auseinandersetzen werden.

Ich bin sicher, dass das Modellvorhaben "NRW Schule 21" jede einzelne Schule qualitativ verbessern wird und dass auf Dauer immer mehr Schulen, die am Anfang vielleicht noch zögerlich sind, an diesem Modellvorhaben teilnehmen wollen. Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schulverwaltungen gestalten somit gemeinsam die einzelne Schule.

- (D) Das bringt Innovation - übrigens auch neuen Schwung - und qualitative Verbesserungen. Das nutzt natürlich insbesondere denjenigen, für die wir Schule machen, nämlich den Kindern und Jugendlichen, und das ist unser Ziel. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Speth. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, dass mein Vergleich hinkt. Zum Glück leben wir in einer anderen Zeit und nicht mehr in Schillers 18. Jahrhundert und erst recht nicht im inquisitorischen Spanien des 16. Jahrhunderts. Diese Folie wählte der Idealist Schiller für seinen Don Carlos, um seinem Ideal der reinen Humanität in der Gestalt des Marquis Posa Ausdruck zu verleihen. Dieser ringt um einen Zustand, in dem die bestmögliche Freiheit des Individuums und die höchste Blüte des Staates miteinander verbunden werden. Das ist leidenschaftlich, dramatisch und tragisch, und auch deshalb hinkt der Vergleich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Wir wollen mit dem Modellvorhaben "Selbstständige Schule - NRW Schule 21" kein Drama und erst recht keine Tragödie. In Abwandlung der berühmten Passage rufe ich aus: Frau Behler, Sie als Ministerin, geben Sie Gestaltungsfreiheit! Herr Schmitter, Herr Heesen, Herr Beckmann, Sie als Verbandsvertreter, geben Sie Gestaltungsfreiheit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, die Damen und Herren der Schulaufsicht, der Schulämter und Behörden, geben sie Gestaltungsfreiheit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen sie los und geben sie Macht ab! Dieser Anspruch bzw. diese Anforderung richtet sich natürlich auch und nicht zuletzt an uns selbst, an uns als Abgeordnete und als Gesetzgeber.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es gut, dass der Gesetzentwurf, den wir heute in erster Lesung beraten, von den Koalitionsfraktionen und somit aus der Mitte des Parlaments eingebracht worden ist.

- (B) Wir sind bereit und signalisieren, dass wir loslassen können. Wir sind bereit, Gestaltungsräume zu geben. Wir entlassen die Schulen nicht, aber wir lassen los, wir lassen frei. Wir Grünen machen dies aus der festen Überzeugung heraus, dass gute Schulen nicht von oben gemacht, verordnet und gesteuert, sondern vor Ort entwickelt und gestaltet werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Sehr gut!)

Wir setzen einen umfassenden Prozess der Selbststeuerung und Selbstverantwortung und größeren Autonomie an unseren Schulen in Gang. Das Projekt "Selbstständige Schule - NRW Schule 21" bereitet den Weg für die Erneuerung in der Schulpolitik. Dabei besteht die Chance für alle, die mit Schule zu tun haben, eigene Ideen umzusetzen.

Wenn Sie sagen, das sei Beliebigkeit, tut es mir Leid. Dann haben Sie nicht verstanden, worum es geht. Es geht nicht um Beliebigkeit, sondern um Qualitätsentwicklung und um bessere Qualität an den Schulen vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ralf Witzel [FDP]: Aha!)

- (C) Wir schaffen mit dem Gesetzentwurf durch die Experimentierklausel die Voraussetzung dafür, dass in einem Modellvorhaben landesweit einige hundert Schulen mehr organisatorische, finanzielle und inhaltliche Freiräume erhalten. Wir Grünen haben das Projekt "NRW Schule 21" im Wahlkampf entwickelt. Auf unsere Initiative hin wurde es im Koalitionsvertrag verankert. Nun nimmt es nach erster inhaltlicher Beratung im Plenum im November vergangenen Jahres sowie guter Vorbereitung zwischen den Koalitionsfraktionen und dem Ministerium Gesetzesgestalt an.

In ihm sind grüne Programmatik und grüne Werte enthalten. Durch dieses Modellvorhaben fördern und fordern wir Menschen, die Eigeninitiative zeigen, nämlich motivierte Schülerinnen und Schüler, engagierte Eltern, mutige Schulleiterinnen und Schulleiter, engagierte Lehrerinnen und Lehrer, veränderungsbereite Schulträger und unterstützungsbereite Kooperationspartner, also alle, die möchten, dass Schule besser wird und selbst dazu beitragen wollen.

Nur so können sich unsere Schulen von einer nachgeordneten staatlichen Behörde zu einer selbst verantworteten Einrichtung entwickeln. Wir wollen Schulen, die anderen Vorbild sind, die ausstrahlen, die Vorbild sind für ein demokratisches Miteinander, Vorbild für ehrenamtliches Engagement und Vorbild für berufliche Motivation der Lehrkräfte. Und wir wollen eine beratende Schulverwaltung und Schulaufsicht, ein kooperatives Miteinander von Dienststellen und Personalräten.

(Michael Solf [CDU]: Das reicht denen nicht!)

Wir regeln mit dem Gesetzentwurf einige Veränderungen für alle Schulformen. Darauf hat Frau Speth schon hingewiesen. Sie beziehen im Übrigen einige Elemente des Landespersonalvertretungsgesetzes ein. Wir wissen, dass das nicht unumstritten ist. Die Gewerkschaften befürchten einen Einstieg in den Abbau von schwer erkämpften Mitbestimmungsrechten. Das ist ausdrücklich nicht unser Ziel. Das sage ich für meine Fraktion in aller Deutlichkeit.

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE])

An einigen wenigen Stellen regeln wir für den Schulbereich das Beteiligungsverfahren, weil wir der Auffassung sind, dass damit eine Verkürzung von Abläufen und eine schnellere Besetzung von

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Stellen vor Ort möglich ist. Ich will sie nennen: befristete Einstellung bis zu einem Jahr; Abordnungen bis zu einem Jahr; die Entscheidung, wer Schulleiterin oder Schulleiter wird.

In der Abwägung dieser Interessenkonflikte hat sich auch meine Fraktion zu diesem Schritt entschlossen, weil die Sicherung der Unterrichtsversorgung schnelle, unbürokratische Entscheidungen vor Ort erfordert. Das dient der Ausbildung unserer Kinder und hat deshalb Priorität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Modellschulen erhalten die Lehrerräte die vollen Rechte nach dem Landespersonalvertretungsgesetz. Das ist perspektivisch auch das Ziel für alle Schulen. Wir müssen dahin kommen, dass vor Ort das Austarieren und die Balance zwischen der Dienststelle und der Personalvertretung geregelt werden.

Meine Damen und Herren, die Ziele des Gesetzesentwurfes sind eindeutig. Es geht um die Verbesserung der schulischen Arbeit zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler, die Entbürokratisierung von Abläufen sowie die klare Bündelung der Verantwortung vor Ort. Es handelt sich dabei also um eine Organisations- und eine Bildungsreform. Bei allem Mut und Willen zur Veränderung, bei allem Ehrgeiz: Reformprozesse müssen gut durchdacht und vorbereitet werden. Sie müssen mit den Beteiligten diskutiert und mehrheitsfähig gemacht werden. Gerade der Schulbereich ist so sensibel, dass die eine Chance, die man bei Verwaltungsreformen in der Regel nur hat, genutzt werden muss. Schlechte Erfahrungen mit überstürzten Prozessen gibt es genug, auch hier in diesem Hause.

- (B) Darum ist der Zeitplan, den wir entwickelt haben, richtig. Darum ist es richtig, auf Freiwilligkeit zu setzen. Darum ist es richtig, stufenweise vorzugehen, Best-practice-Modelle wachsen zu lassen und nur das Erprobte und Erfolgreiche auf alle Schulen zu übertragen. Wenn wirklich so viele mitmachen wollen und sich bewerben - wir als Grüne würden das begrüßen -, dann geht es doch eigentlich nur noch darum, ob wir die für die Beratung und Begleitung zusätzlich erforderlichen Mittel aufbringen können. Nur darum geht es. Deshalb muss man zunächst eine Größenordnung abstecken, um kalkulieren zu können, welche Ressourcen man für die Entlastung und welche

- Ressourcen man für den Innovationsfonds braucht. (C)

Mich erstaunt, dass das Gesetz - noch bevor es hier und heute zum ersten Mal gelesen wird - im Land eine solche Dynamik entfaltet. Ich finde, es ist ein wunderbares Zeichen, dass eben keine Erstarrung vorherrscht, sondern die Menschen zu Veränderungen bereit sind. In meiner Stadt, in Solingen, beschließt der Stadtrat heute darüber, mitzumachen, weil er interessiert ist. Gestern waren Herr Meyer-Hesemann, der Kollege Dirx und ich vor Ort und haben mit fast allen Schulleitungen der Stadt gesprochen. Die Auseinandersetzungen waren konstruktiv. Das ermutigt sehr und ist wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In jeder der Veranstaltungen, die ich bisher gemacht habe, ist deutlich geworden, dass die Schulen und die Schulträger Klarheit über die Rahmenbedingungen brauchen. Damit auch das klar ist: Der Staat behält die Verantwortung für die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen eines öffentlichen Schulwesens in Nordrhein-Westfalen. Der Staat hat die Verantwortung, die Rahmenbedingungen zu setzen und die finanziellen Ressourcen zu stellen. (D)

Wer wie wir hier zur Kür ansetzt und selber von anderen ein Kürprogramm erwartet, muss zuvor die Pflicht erfüllt haben. Darum war es so wichtig, den Kraftakt der verlässlichen Schule mit dem Stufenplan zur Unterrichtsversorgung und der Finanzierung mit dem Haushalt verabschiedet zu haben. Mit diesem Signal der Verlässlichkeit haben wir die Voraussetzungen für Innovation und die Gestaltung der Schule des 21. Jahrhunderts geschaffen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben im November letzten Jahres zwar dagegen gestimmt, aber Sie wissen inzwischen doch auch, dass das ein Fehler war. Hören Sie auf zu nölen! Treten Sie heraus aus der Reihe der Bedenkenträger! Machen Sie mit! Tun Sie nicht so, als sei das alles nicht wirklich neu. Sie wissen, dass das nicht stimmt:

Kein anderes Bundesland hat ein vergleichbares so ehrgeiziges Vorhaben angepackt und auf den Weg gebracht. Die Paten/Vorbilder kommen aus Schweden, den Niederlanden, nicht aus Bayern oder Baden-Württemberg. Machen Sie mit bei der

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) Entschlackungs- und Frischluftkur für unser Schulsystem. Um mit Schiller zu schließen: Machen Sie mit beim Kettensprengen! - Die Schulen unseres Landes, die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen sollten es uns wert sein. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort Herr Kollege Recker.

Bernhard Recker (CDU)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zu Beginn einige Vorbemerkungen zum Verfahren und zur Transparenz des Gesetzesvorhabens:

Noch am 3. April hatten Sie, Herr Staatssekretär Dr. Meyer-Hesemann, in Ihrer Einleitungsrede zum ersten Workshop Folgendes ausgeführt:

"Wir werden nur erfolgreich sein, wenn das Projekt von den Beteiligten mitgestaltet werden kann, gerade weil wir uns auf Neuland begeben und noch nicht über sichere Karten und ausgetretene Wege verfügen."

(B)

Angesichts dieses selbst gesteckten und für uns selbstverständlichen Anspruchs muss man über den eingeschlagenen Weg doch mehr als irritiert sein. Fakt ist leider, dass eine aktive Beteiligung - z. B. von Eltern- und Lehrerverbänden - nicht stattgefunden hat. Rechtlich mag das in Ordnung sein, da ja die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Gesetzentwurf hier eingebracht haben und es daher juristisch möglich ist, eine Beteiligung zu unterlaufen. Wir halten es nur für fatal - das sage ich ich deutlich -, die Hauptbeteiligten, für die der Entwurf elementare Auswirkungen hat, außen vor zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ein solches Vorhaben kann nur mit den Beteiligten, nicht aber gegen sie durchgeführt werden.

Übrigens bekommen wir in jeder Veranstaltung seitens der Schulen und der Kommunen immer wieder zu hören, dass eine völlige Unsicherheit herrscht. Ausnahmen hiervon mag es geben. Vielfach besteht durchaus die Bereitschaft, sich neu-

en Wegen zu öffnen; aber fast niemand weiß, wohin die Reise geht. Immer wieder die Frage nach Zuständigkeiten, nach finanziellen Auswirkungen vor Ort. Es fehlt einfach die umfassende aktive Beratung, es fehlt die Transparenz. (C)

Übrigens: Unsere hier kurz zitierten Bedingungen fanden überall Anerkennung nach dem Motto, dass das genau die richtigen Voraussetzungen wären.

Zum Inhalt dieses Gesetzentwurfes: Schule ist in der Tat keine staatliche Einrichtung, bedarf eines dynamischen Prozesses, um auf die sich wandelnden Anforderungen der Gesellschaft und auch der Schülerschaft eine adäquate Antwort zu geben. Schon von daher ist jeder Versuch und jede Initiative, Schule weiterzuentwickeln, vom Grundsatz her ausdrücklich zu begrüßen. Dabei müssen allerdings alle Aktivitäten und Veränderungen zwei Fragen untergeordnet werden:

Erstens. Was bringt diese Veränderung den Kindern und Jugendlichen? - Dabei geht es um die Qualität.

Zweitens. Sind die Rahmenbedingungen für die Umsetzung einer guten Reform gewährleistet?

Eine Strukturveränderung in sich hat noch keinen Wert, wenn sie nicht diesen Zielen untergeordnet ist. Wenn ich dieses als positiv erkannt habe, muss ich diese Strukturen auf ein gutes, verlässliches Fundament stellen, um die Reform erfolgreich auf den Weg zu bringen. (D)

Wie sieht dieses Fundament zurzeit in Nordrhein-Westfalen aus? Unter welchen Bedingungen vollzieht sich zurzeit in Nordrhein-Westfalen die "Schule 21", das Projekt selbständige Schule?

Meine Damen und Herren, wir müssen es in Erinnerung rufen. Sie wissen, dass wir in fast allen Leistungsvergleichen abgeschlagen am Ende stehen.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: So ein Quatsch!)

Es ist in der Tat nicht Schuld der betroffenen Schulen und Schüler. Unsere jungen Menschen sind mindestens so begabt, unsere Kollegen mindestens so engagiert wie in anderen Bundesländern. Es muss einfach Rahmenbedingungen ge-

(Bernhard Recker [CDU])

(A) ben, die die Politik gewährt bzw. nicht gewährt hat.

(Brigitte Speth [SPD]: Zentralabitur!)

Sie wissen auch: Der Unterrichtsausfall ist gravierend. Er liegt landesweit laut Landesrechnungshof bei 10,6 %. Das bedeutet, dass in zehn Jahren ein Jahr Unterrichtsausfall ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie kennen drittens den KMK-Vergleich im Hinblick auf die Relationen Schüler je Lehrer, Schüler je Klasse, erteilter Unterricht pro Schüler. Sie können es nachlesen: Überall letzte oder vorletzte Plätze.

Viertens. Sie kennen die Situation: Vielfach total überalterte Kollegien und ein zum Teil eklatanter Fachlehrermangel. Letztlich sind Hunderte, gar Tausende von Stellen gar nicht besetzbar, weil die Bewerber fehlen. Das ist die Schulwirklichkeit in Nordrhein-Westfalen. So sieht die "Schule 21" im Mai des Jahres 2001 aus. Das ist die Realität.

Das allerdings sind äußerst schlechte Rahmenbedingungen, um neue Strukturen zu schaffen. Wenn diese Rahmenbedingungen nicht umgehend drastisch verbessert werden, sind es in der Tat schlechte Startbedingungen. Dann ist es überwiegend der Versuch, von der miesen Situation abzulenken, und es ist ein Abschieben der Verantwortung nach unten.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Frau Löhrmann, in Gesprächen mit den Elternverbänden wurde es uns deutlich und Sie haben es offen gesagt - ich darf zitieren -:

"Ab jetzt ist klar, Miesmachen gilt nicht mehr. Wer etwas in der Schule zu meckern hat, hat nun die Chance, es selbst besser und anders zu machen."

Das heißt, Sie wollen sich der Verantwortung entziehen und auf bessere Zeiten hoffen. Das kann nicht der Weg sein.

(Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die CDU ist eindeutig dafür, Schule zu deregulieren und den Schulen mehr Freiraum und Verantwortung zu geben. Es gehörte immer zum Prinzip unserer Ordnungspolitik, Verantwortung nach unten zu delegieren,

aber dann mit entsprechenden Rahmenbedingungen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Nun sind Sie in der Tat dabei, einige Änderungen der Rahmenbedingungen in einigen Bereichen auf den Weg zu bringen. Sie haben selbst - Gott sei Dank - erkannt, dass häufig Ihre rein ideologisch und finanziell begründete Schulpolitik der Korrektur bedarf, nur Sie haben zu lange dafür benötigt.

Geradezu spannend war die Entwicklung der letzten Monate, was Rahmenbedingungen angeht.

(Zuruf der Brigitte Speth [SPD])

Ich darf kurz erinnern: Es erfolgte die Einstellung von zusätzlichen Lehrpersonen, Gott sei Dank. Jahrelang ist es hier gefordert worden. Immer wieder gab es ein Nein von Ihnen. Noch bei Einbringung des Etats war keine Rede davon. Nun endlich, auf Druck vieler Beteiligter, auch der Opposition: 6.100 Lehrerstellen in den nächsten fünf Jahren.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Auch hier - das wissen Sie wie ich - dienen diese zum überwiegenden Teil der Erfüllung selbstverständlich neuer Aufgaben: Über 35.000 neue Schüler, Erteilung von Islamunterricht, praktische Philosophie, Englisch in der Grundschule. Meine Damen und Herren, Sie sind wieder mal auf halbem Wege stehen geblieben. An der aktuellen Situation der jetzigen Schulen wird sich dadurch nichts ändern. (D)

(Brigitte Speth [SPD]: Die bekommen zwei Stunden lang Unterricht! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

Sie sind vor allen Dingen bei den unübersichtlichen Töpfen wie "Geld statt Stellen", "Lehrerfeuerwehr" usw. stehen geblieben. Geben Sie endlich eine Stellenreserve, damit Schule eigenverantwortlich und ohne Verwaltungsaufwand die entstandenen Lücken schließen kann.

Dann ist das Thema Qualitätssicherung immer wieder in Ihrem Munde.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Sie lernen nichts dazu!)

Endlich müssen die von den Grundschullehrern ausgestellten Empfehlungen beim Übergang ver-

(Bernhard Recker [CDU])

(A) bindlich vorgezeigt werden. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit!

(Ralf Witzel [FDP]: Zu wenig!)

Endlich schaffen Sie die geradezu schwachsinnigen Zusatzprüfungen ab. Nur: Auch hier wieder auf halbem Wege stehen geblieben, sowohl beim Übergangsverfahren als auch bei vergleichbaren Prüfungen.

Wir sollten deutlich unsere Meinung klarmachen. Gerade, wenn ich Schulen auf der einen Seite mehr Autonomie gebe, muss auf der anderen Seite die Qualität durch Vergleichbarkeit von Leistungen gesichert werden. Das geht nur durch zentrale Vergleiche und zentrale Abschlussprüfungen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Beispiel drei und vier nur kurz erwähnen. Endlich wollen Sie auch über das Abitur in zwölf Jahren reden. Endlich darf man auch in Nordrhein-Westfalen das Wort "Hochbegabte" in den Mund nehmen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie reden nicht zum Thema!)

(B) Aber: Auch hier haben Sie sich zwar bewegt, springen aber wieder einmal zu kurz.

Genauso bei dem Bündnis für Erziehung. Prima, okay, dass Sie das wollen. Wir unterstützen das. Nur: Wer hat über 30 Jahre lang die Verantwortung gehabt? Wenn Sie Erziehung in den Mittelpunkt stellen, dann müssen Sie den Schulen auch entsprechende Instrumente an die Hand geben, um es umzusetzen. Dazu gehört z. B. wie in vielen anderen Ländern die Einführung von Kopfnoten in beschreibender Form,

(Beifall bei der FDP)

um Arbeits- und Sozialverhalten bewerten zu können.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das wird in den übrigen Fächern bewertet!)

Wenn junge Menschen vereinbarte und für das Funktionieren einer Gemeinschaft unabdingbar notwendige Normen und Grenzen nicht einhalten, dann muss das einfache Konsequenzen haben.

(Beifall bei der CDU)

(C) Übrigens: Wenn ich die Inhalte Ihrer Politik der letzten Monate mit den Diskussionen der letzten Jahre vergleiche, so weiß ich nicht, ob wir aus Sicht der CDU weinen oder lachen sollen.

(Brigitte Speth [SPD]: Lachen Sie doch!)

- Vielleicht beides; denn immer wieder waren es Forderungen, die zwar von der CDU gestellt, von Ihnen aber jahrelang abgelehnt wurden.

(Brigitte Speth [SPD]: Selbstständige Schule!)

Nun endlich - wenn auch nur teilweise und nicht konsequent genug - werden sie umgesetzt.

Meine Damen und Herren, auch das stellen wir fest: Diese inhaltlichen Diskussionen der letzten Jahren haben Sie meilenweit verloren, allerdings zulasten ganzer Schülergenerationen.

Wir als CDU sagen Ja zu neuen Wegen und zu mehr Selbstständigkeit der Schulen, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen, die Kompetenzen, Verantwortungen und finanziellen Zuständigkeiten eindeutig geklärt sind. Gerade im Innenverhältnis zu den Kommunen sind sehr viele Fragen offen.

(D) Ich will nur einige wenige nennen: Beabsichtigt das Land, die Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten aufzugeben?

(Brigitte Speth [SPD]: Da habe ich eben gesagt: Nein!)

Welchen personellen Einsatz sollen die Schulträger nach Auffassung des Landes bei einer Teilnahme an dem Projekt einbringen? Haben die Schulträger bei der Schaffung eines Bildungsbüros einen organisatorischen, finanziellen und personellen Spielraum? Was ist der Gegenstand der Kooperationsvereinbarungen, die die Projektskizze benennt?

Meine Damen und Herren, eine Gemeinde kann doch nur dann seriös und verantwortlich über eine Beteiligung entscheiden, wenn diese Fragen geklärt sind. So lange ist ein Entwurf unseriös.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wie erklären Sie sich die einstimmigen Ratsbeschlüsse?)

Es besteht ganz eindeutig erheblicher Klärungsbedarf.

(Bernhard Recker [CDU])

- (A) Wir sagen Ja zu einem solchen Schritt, wenn Schule und Gemeinde in die Lage versetzt werden, dieses leisten zu können. Und dazu gehören aus unserer Sicht: eine entsprechende Bereitschaft, zusätzliche Lehrpersonen einzustellen und den Schulen endlich eine Stellenreserve zu gewähren. Gerade das ist ein Stück Autonomie, wenn Schulen dies in Eigenverantwortung leisten können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dazu gehört auch, dass Lehrpersonen - vor allem Schulleitung - entsprechend für ein solches Projekt qualifiziert werden.

Dazu gehört, dass Qualitätskontrollen unter anderem durch Vergleichsarbeiten und zentrale Prüfungen gewährleistet sind. Nur so finden wir auch in der Wirtschaft bei den Abnehmern Akzeptanz. Sonst bauen wir uns eine Scheinwelt auf.

Dazu gehört auch, dass die Vergleichbarkeit der Wissensstandes durch entsprechende inhaltliche Vorgaben sichergestellt wird und dass die Zuständigkeiten zwischen Kommunen und Land klar geregelt sind. Unter diesen Prämissen wollen wir den Schulen mehr Selbstständigkeit gewähren.

- (B) Wir sind allerdings nicht dazu bereit, die zum Teil miserable Situation an den Schulen zu belassen, Verantwortung nach unten zu delegieren, um so das Land aus der Verantwortung für Bildungs- und Schulpolitik zu entlassen. Diesen Weg gehen wir nicht mit!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind ebenfalls nicht dazu bereit, hier moderne Begriffe in die Welt zu setzen, aber keine Verbesserung der Qualität zu erreichen und dann eventuell einige wenige Schulen als Beleg der Reformfreudigkeit vorzuführen. Auch diesen Weg werden wir nicht mitgehen. Das haben Sie oft genug praktiziert.

Wir brauchen keine Leuchttürme. Wir benötigen innovative Ideen, die der Schule und der gesamten Schülerschaft dienlich sind. Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit und mehr Freiheit von bürokratischen Reglementierungen. Die CDU will dieses Angebot allen Schulen ermöglichen, die dazu bereit und in der Lage sind.

(C) Allerdings: Mehr Selbstständigkeit von Schule auf der einen Seite und mehr Qualität auf der anderen Seite dürfen keinen Widerspruch darstellen.

Ich will noch ein Wort zur Dauer der Erprobung von sechs Jahren sagen. Diesen Zeitraum grundsätzlich vorzugeben, halten wir in dem Maße für nicht notwendig und auch zu langfristig. Das hieße doch, dass ab heute in etwa acht Jahren - also erst nach einer weiteren Schülergeneration - die generelle Umsetzung erfolgen könnte.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die kann doch sukzessive erfolgen!)

Meine Damen und Herren, es gibt doch bereits Erfahrungswerte - ich erinnere an die selbstständige Schule im Projekt Bertelsmann -, derer wir uns bedienen können. Daher sollten wir im Fachausschuss auch über den Zeitfaktor noch einmal intensiv diskutieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Recker. - Für die Fraktion der FDP hat nun Herr Witzel das Wort. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich ist die FDP-Landtagsfraktion vom Grundsatz her für mehr Schulautonomie. Wir brauchen sie dringend in Nordrhein-Westfalen, weil es vom Grundsatz her sinnvoll ist, mehr Geld in der Bildung für Unterricht statt für Schulverwaltung auszugeben.

Deshalb empfand ich es in der Eingangsrede von Frau Speth als ein ehrliches Eingeständnis, dass sie aufgezeigt hat, was hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter Rot-Grün an bürokratischer Gängelei im Bildungsbereich entstanden ist - ein Wildwuchs, von dem wir jetzt runterkommen müssten.

(Brigitte Speth [SPD]: Ha, ha!)

- Frau Speth, Sie lachen, aber Schule vor Ort ist doch durch eine Vielzahl von Maßnahmen von Rot-Grün belastet worden.

(Brigitte Speth [SPD]: Da lache ich wirklich!)

(Ralf Witzel [FDP])

(A) Dies geschah doch durch immer mehr staatliche Aufgabenzuweisungen!

(Beifall bei FDP und CDU - Brigitte Speth [SPD]: Voll der Quatsch!)

- Frau Speth, das ist doch keine Worthülse. Ich rede doch nicht über neue Anforderungen, die von der Gesellschaft an die Bildung gestellt werden; über die rede ich nicht. Ich rede über entsprechendes Regierungshandeln.

In der Lehrerbildung haben Schulen entsprechend mehr zu tun als früher - machen sie jetzt weiter mit dem BAD? -, mit der Schulprogrammentwicklung, dem Koordinationsgeschäft "Geld statt Stellen", der Stellenbesetzungssituation und dem Vertretungspool. Mit all dem haben Schulen vor Ort jetzt mehr zu tun, und zwar aufgrund von rot-grünen Beschlüssen und Regierungshandeln. Das erklärt natürlich auch, warum Sie heute bei Schulleitungsstellenbesetzungen massive Probleme haben und warum so viele Stellen vakant sind. Aufgrund der gestiegenen Anzahl der aus Düsseldorf kommenden Vorschriften stellen sich nämlich immer weniger den Herausforderungen.

(B) (Ernst-Martin Walsken [SPD]: Das gehört auch zur Selbstverwaltung, Herr Kollege! Sie wollen doch mehr Autonomie!)

Ich freue mich, dass Sie zumindest spät begriffen haben, dass die Strangulierung von Schule vor Ort jetzt beendet werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Wir können uns somit wieder auf die wichtigen Fragen konzentrieren, die sich mit der Anhebung des schulischen Leistungsniveaus in unseren Bildungseinrichtungen, dem Erziehungsauftrag und der Wertebildung in Schuleinheiten befassen.

Frau Speth - und das war ein sehr nettes Angebot -, Sie haben ausdrücklich erklärt, Sie seien für weitere gute Anregungen und einen Input offen. Sie haben gerade ehrlich - wie ich fand - gesagt, dass Sie Ihren Willensbildungsprozess noch nicht abgeschlossen hätten und bereit wären, Punkte aufzunehmen. Da helfen wir Ihnen als FDP gerne weiter.

(Brigitte Speth [SPD]: Da bin ich gespannt! - Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

(C) Erstens. Die entscheidende Anforderung für die Umsetzung in den Kommunen ist, dass ein deutliches Signal von Verlässlichkeit gesetzt wird. Dieses Gesetzesvorhaben darf dauerhaft nicht zu einer Mentalität führen, zukünftig Gelder einsparen zu wollen. Man darf Schulen nicht vorwerfen, sie hätten vor Ort mit mehr Effizienzgewinn operieren und somit Geld einsparen können. Das Land darf sich nicht aus der Bildungsverantwortung zurückziehen.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Die Städte ziehen sich zurück!)

Zweitens. Beantworten Sie mir bitte die Frage: Wer ist für Sie die Zielgruppe? Wie viele Schulen sind es denn nun? - Vonseiten der Regierung hört man, dass es um 5 % der Schulen gehe. Auf der Schulleitertagung habe ich vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Moron, der Mittragsteller dieses Vorhabens ist, gehört, dass jede Schule - das sei gar kein Problem - sofort einbezogen werden solle; keine Schule solle ausgeschlossen werden. Ich höre in Aktuellen Stunden vom Ministerium, das regelte man über Korrespondenzschulen, die zwar nicht alles könnten, aber ein bisschen.

(D) Aber dann beantworten Sie doch einmal die Fragen: Wer ist Zielgruppe? Wer darf mitmachen? Wer wird ausgeschlossen? Nach welchen Kriterien erfolgt die Vergabe?

(Beifall bei der FDP)

Drittens: zum Dienstrecht. Springen Sie auch hier nicht zu kurz. Führen Sie eine Debatte, ob nicht die Gestaltungsspielräume, derer es im Bildungsbereich bedarf, längerfristig einen sukzessiven Ausstieg aus dem öffentlichen Dienstrecht erfordern, um tatsächlich die Flexibilität für Entscheidungen vor Ort zu erreichen, die wir brauchen. Da interessiert mich vor allem die Position der Grünen: Wie stehen Sie dazu, wenn man mit neuen Anreizsystemen - angesichts des Lehrermangels - zukünftig Personal rekrutieren will?

(Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Viertens. Eine tatsächlich ernst gemeinte selbstständige Schule setzt die freie Wahl der Schule voraus. Wir haben es hier im Landtag beantragt. Sie haben es abgelehnt!

(Beifall bei der FDP)

(Ralf Witzel [FDP])

- (A) Die freie Schulwahl ist gerade von Ihnen abgelehnt worden. Auch das zum Thema Glaubwürdigkeit!

Aber der entscheidende Punkt - da haben Sie sicherlich Recht -, über den man leider so wenig liest, ist der Punkt "Qualitätssicherung". Ganz bewusst und deutlich formuliert: Qualitätssicherung ist wirklich die Achillesferse dieses Vorhabens.

Das ist hier ein Gesetzesvorhaben, das aus der Mitte des Parlaments kommt, und zwar rein zufällig von den Regierungsfractionen. Es hat nichts mit dem Ministerium zu tun. Aber wenn ich mir Ihre Begründungen anschau, Frau Ministerin Behler, in denen die Akzentuierung der Frage der Qualitätssicherung immer zu kurz kommt, habe ich schon den schweren Verdacht, dass Sie dem grünen Leitbild des Leistungsabbaus viel zu stark auf den Leim gegangen sind.

Frau Löhrmann hat gerade gesagt, dass dieses Modell im Wahlkampf entwickelt worden ist. Ansonsten rühmt sich Frau Löhrmann immer, dass sie alles langsamer machen will als alle anderen. Vielleicht hätte sie sich hier ein bisschen Zeit für Qualitätsentwicklung lassen sollen.

- (B) Frau Ministerin Behler, ich schaue mir immer auch an, was Sie schreiben, um die Schulleiter in diesem Land zu informieren. Sie beziehen sich auf Möglichkeiten der Abweichung in der Unterrichtsorganisation. Das ist spannend, aber zunächst einmal ganz nebulös, bis man weitergelesen hat. Sie schreiben, im Einzelfall gebe es zukünftig Abweichungen. Dafür bräuchte man dann auch Qualitätssicherungsmaßnahmen. Die Abweichungen bezögen sich auf Änderungen bei der Stundentafel und - das ist besonders interessant - bei der Ausgestaltung der Leistungsbewertung. Die einzige Ausnahme seien Abschlusszeugnisse.

Genau das ist der Grund, warum wir als FDP sagen: Bildung darf nicht beliebig werden! Natürlich müssen wir, was den Weg der Vermittlung von Bildungszielen angeht, freier, flexibler und dezentraler werden. Aber dem müssen einheitliche Standards zugrunde liegen. Der Weg, irgendwelche Erosionsprozesse zuzulassen, ein bisschen weniger Notengebung zu erlauben, ein paar Fächer vielleicht gar nicht anzubieten und das als Profilbildung und Wettbewerb von Schulen zu

verkaufen, wäre fatal. Ich weiß aber nicht, ob er gemeint ist. (C)

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP sagen sehr klar Ja zu Wettbewerb von Schulen, aber nicht zur Profilierung freier Schulen als Anbietern von Billigabschlüssen. Es ist auch eine schöne Art des Benchmarkings, sich in der freien Schullandschaft so zu positionieren, dass man in den wesentlichen Fragen den größten Abbau von Standards vorweisen kann.

Ganz entscheidend ist also die Vergleichbarkeit von Abschlüssen; bezüglich des Verfahrens sind wir uns mit der CDU nicht darüber einig, ob es Zentralprüfungen sein sollen oder nicht. Wir wollen mehr Prüfungen. Wir sind für eine Mittelstufenprüfung. Dazu legen wir in Kürze unser Konzept vor. Wir wollen sie nicht zentral veranstalten, aber wir wollen sie als Qualitätssicherungsinstrument zum Ende der Sekundarstufe I und dafür Standards festhalten.

Das ist wirklich erforderlich. Das sind die Punkte, bei denen wir dringenden Handlungsbedarf sehen. Von der Beantwortung der Frage, ob Sie diese Aspekte mit in das weitere Beratungsverfahren aufnehmen, wird unsere letztendliche Zustimmung abhängen. Insofern sehen wir uns - wie immer - als Qualitäts-TÜV im Bildungsbereich für entsprechende Spielwiesen. - Herzlichen Dank. (D)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Witzel. - Als Nächstes spricht Frau Ministerin Behler.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist dieser Gesetzentwurf für mich heute ein Anlass zu riesiger Freude.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, wir müssen einmal deutlich machen, dass wir mit diesem Gesetzentwurf tatsächlich einen Meilenstein in der bildungspolitischen Debatte der Bundesrepublik Deutschland setzen.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) Da geht es nicht um ein klein bisschen hier und ein klein bisschen da und die durchaus auch wichtige Frage der Organisation oder der Entscheidung. Nein! Hier geht es tatsächlich um einen grundlegenden Ansatz der Reform des Schulsystems insgesamt. Die Zeit ist reif für einen solchen Schritt, für einen qualitativen Schritt zu mehr Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung in den Schulen.

Ich sage auch deshalb, dass ich mich so sehr über diesen Gesetzentwurf freue, weil wir in meiner Partei, in der wir seit Jahren zu diesem Thema diskutieren und Handlungsmöglichkeiten entwickeln, seit 1993 Schritt für Schritt die Vision einer selbstständigen Schule entwickelt und mit Leben erfüllt haben.

Ich weiß noch sehr genau, dass das damals eine äußerst kontroverse Diskussion ausgelöst hat, und zwar nicht nur in unseren eigenen Reihen. Es war eine gesellschaftspolitisch neue Weichenstellung, die damals erfolgt ist. Wir haben gesagt: Es kommt auf die einzelne Schule an; und diese Erkenntnis müssen wir in die Schulrealität übertragen. Jede Schule soll sich in dem vom Staat gesetzten Rahmen möglichst frei und selbstständig entwickeln können. Statt weiterhin - ich zitiere Peter Glotz - "feierlich ideologische Geisterschlachten zu schlagen" kommt es jetzt darauf an, ein neues Gleichgewicht zwischen Freiheit und Verantwortung, zwischen Qualitätsentwicklung und Chancengleichheit aufzubauen. Das sind die Leitbegriffe, an denen wir uns mit diesem Projekt orientieren.

(B)

Diese Debatte hat den nächsten großen Schub in ihrer Entwicklung durch die damals von Ministerpräsident Rau eingesetzte Kommission bekommen, die 1995 ihre Ergebnisse vorgelegt hat. Größere Selbstständigkeit von Schulen stand im Mittelpunkt der Denkschrift "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft". Diese Denkschrift hat tatsächlich tiefe Spuren hinterlassen. Sie hat gezeigt, dass der Weg zu mehr Freiheit und zu mehr Verantwortung der richtige ist. Darüber, dass Freiheit und Verantwortung sich nicht ausschließen, sollte doch eigentlich Einigkeit bestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsfractionen.

(Beifall bei der SPD - Ralf Witzel [FDP]:
Qualitätssicherung!)

Wir haben diesen Weg sehr systematisch, sehr konsequent beschritten. Wir sind dabei bis heute ein erhebliches Stück vorangekommen. Ich nenne nur wenige Stichworte:

(C)

die Schulprogrammarbeit als ein wichtiges Element der inneren Schulentwicklung - alle Schulen im Land Nordrhein-Westfalen haben diese Erfahrungen inzwischen gesammelt -, die schulscharfe Ausschreibung und Einstellung von Lehrkräften mit all dem, was dabei auch für alle Ebenen zu lernen war und ist, die Umstellung der Fortbildungsmittel auf Projektmittel für die einzelne Schule, die Personalbudgetierungsmittel bei "Geld aus Stellen", die Sachmittelbudgetierungen im Bereich der Schulträger. Sie haben von ihrer Seite aus dazu erheblich beigetragen.

Wir haben dann - das gehört in der Diskussion zusammen - mit dem Rahmenkonzept "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung schulischer Arbeit" 1998 die Grundlage dafür geschaffen, dass die Verantwortung für die Erfüllung der grundlegenden Standards, die selbstverständlich gegeben sind, primär bei der einzelnen Schule angesiedelt ist.

Nun sind wir in einer Situation, in der ein solcher Ansatz einen zusätzlichen Antrieb erhält. Das Modellvorhaben "Selbstständige Schule" wird über diese gesetzliche Grundlegung den notwendigen Paradigmenwechsel nun endgültig vollziehen können. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Ich begrüße es, dass die Initiative für dieses Gesetz dabei vom Parlament ausgeht.

(D)

Die Öffnungsklausel ermöglicht es, nun neue Steuerungsmodelle für die Schulen systematisch zu erproben. Aber diese neuen Steuerungsmodelle wollen wir nicht um der Neuheit willen erproben, sondern diese neuen Entwicklungen haben ein wesentliches Ziel, nämlich die Qualität schulischer Arbeit tatsächlich zu verbessern. Das ist nicht ein Additiv, und das ist nicht ein Widerspruch, sondern das ist genuin Bestandteil dieses Projektes. Darum geht es doch.

Stärkung der Selbstständigkeit ist kein Selbstzweck. Wir wollen auf diese Weise einen besseren Unterricht, bessere Leistungen von Schülerinnen und Schülern und zufriedeneren Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer erreichen. Das ist doch das Ziel.

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) Ich sage sehr deutlich: Die Verbesserung der schulischen Arbeit steht absolut im Vordergrund. Alle Schritte hin zu mehr Eigenverantwortung müssen darauf gerichtet sein, die jeweiligen pädagogischen Ziele einer Schule auch tatsächlich zu erreichen. Dazu gehört ihr Kerngeschäft. Dazu gehört es aber nicht, dass man den Schulen jetzt alle möglichen zusätzlichen Verwaltungsarbeiten aufbürdet. Das wäre nicht der Sinn. Es geht um den Kern von Schule, und das ist Unterricht.

Deshalb ist es auch richtig, dass alle Schulen, die daran teilnehmen wollen, darlegen müssen, was sie sich gerade auf diesem Gebiet vorgenommen haben. Das ist doch nicht beliebig. Ehrlich gesagt, die alte Debatte um die Beliebbarkeit: meine Güte! Ich wundere mich manchmal, dass Sie sich überhaupt noch trauen, die zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn Sie haben sie doch geführt, um jeden Ansatz zur Selbstständigkeit von Schulen zu diskreditieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Niemals!)

(B) Mit der Öffnungsklausel wird Neuland betreten - in der Tat. Kein Land ist bisher so weit gegangen. Wir sind aus guten Gründen mutiger als andere. Wir sind nämlich deshalb mutiger und können es sein, weil wir die einzelne Schule eben schon seit 1995 konsequent gestärkt haben und weil unsere Schulen in den letzten Jahren so systematisch in neue und größere Verantwortung hineingewachsen sind.

Wir sind deshalb mutiger und können auch mutiger sein, weil inzwischen in einer breiten Öffentlichkeit die großen Chancen gesehen werden, die in einer solchen Entwicklung auch tatsächlich liegen. Viele Skeptiker früherer Jahre geben heute in zahlreichen Diskussionen im Land zu: Jawohl, das ist genau der richtige Weg, und wir sehen die Chancen, die darin stecken.

Und sehr spät - das ist mein Eindruck - haben das auch manche aus den Oppositionsfraktionen begriffen. Meine Güte, Herr Recker! Ich werbe doch dafür, dass wir dieses Projekt nicht unter den alten Ritualen betrachten. Das hilft doch den Schulen überhaupt nicht, und das wissen Sie auch ganz genau. Wir und auch Sie können doch nicht den Eindruck erwecken, Sie stünden hier an der Spitze der Bewegung! Wir wissen doch - Sie kennen doch alle die Zitate -, wie die Diskussion

gelaufen ist. Ich will es Ihnen aber gar nicht so schwer machen. Lassen Sie uns doch die Vergangenheitsbewältigung sein! Ich biete es Ihnen gerne an. Lassen Sie die Vergangenheitsbewältigung an der Stelle sein und beteiligen Sie sich konstruktiv an der Debatte! Wenn Sie das nicht wollen, dann bin ich in der Tat davon überzeugt: Da habe ich die besseren Argumente, die ich Ihnen jeweils vorlegen kann.

(Ralf Witzel [FDP]: Qualitätssicherung!)

Wenn Sie sich ein bisschen von einer solchen bildungspolitischen Vision anstecken lassen und wenn Sie ein bisschen in Ihre eigenen Reihen hinein hören, werden Sie doch merken, dass dieser Bazillus längst ansteckend gewirkt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie hier die vielen Fragen stellen, die wir selbstverständlich beantworten müssen, ist das in Ordnung. Aber wenn Sie sie in dem Duktus stellen "Deshalb kann man jetzt nicht bewerten, ob das Ganze gut ist oder nicht", dann muss ich Ihnen antworten: Offensichtlich können Ihre Parteikollegen aus CDU-Frakturen in einer ganzen Reihe von Städten, auch Bürgermeister und Oberbürgermeister aus Ihrer Partei unter Hinweis auf die noch zu klärenden Fragen sehr wohl sagen, sie wollten unbedingt teilhaben, weil sie es für eine unglaubliche Chance der Entwicklung Ihrer Schulen halten.

Ja, dann erklären Sie es doch auch! Dann fangen Sie doch nicht wieder an, sich in dem Kleinklein der Alltagsrhetorik und der Politikrituale zu verlieren, die eigentlich in unseren Schulen nur abschreckend wirken.

Wir entwickeln - und das ist leitend - in der Tat diese Reform gemeinsam mit den Betroffenen. Wir fordern sie, ja, aber wir überfordern sie auch nicht. Denn in den Schulen muss sich solch eine Kooperationskultur entwickeln. Die kann man nicht von heute auf morgen einfach verordnen. Das geht eben auch nicht mit einer Flut von Detailbestimmungen.

Sie können nicht auf der einen Seite jede Menge an Detailbestimmungen einfordern und auf der anderen Seite kritisieren, dass es zuviel an Reglementierungen gibt. Das passt doch nicht zusammen! Also müssen wir uns doch auf den Prozess beziehen und systematisch, Schritt für Schritt, die Fragen, die sich jeweils ergeben, beantworten

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) - und das möglichst mit den Beteiligten gemeinsam. Dass dazu Veranstaltungen in Düsseldorf und in anderen Teilen des Landes stattgefunden haben und regelmäßig stattfinden, das ist Ihnen doch bekannt.

Ich bin jedenfalls sehr damit einverstanden, dass der Gesetzentwurf Ziele vorgibt und Rahmenbedingungen festlegt.

Und was die Obergrenze für Schulen angeht, die an der Erprobung teilnehmen wollen, lassen Sie uns doch schauen, wie denn die tatsächliche Bewerbungssituation hinterher aussieht. Natürlich sind Kapazitäten von Schulaufsicht begrenzt. Natürlich muss Schulaufsicht in der Lage sein, hier Unterstützungsleistungen für die Schulen zu erbringen. Von daher gibt es auch Grenzen. Aber ob das nun 295 oder 321 oder wie viele Schulen auch immer sein mögen - lassen Sie uns doch schauen, wie die Konzepte aussehen, die vorgelegt werden.

Wir wollen alle Schulformen in den Modellvorhaben vertreten haben. Wir wollen kleine und große Schulen mit dabei haben. Denn wir wollen ja im Ziel die Ergebnisse übertragen und niemanden ausschließen. Wir wollen die unterschiedlichen regionalen Gesichtspunkte berücksichtigt wissen - selbstverständlich. Wir haben ein vielfältiges Bildungssystem. Auch das muss sich bei der Auswahl wiederfinden.

- (B)

Und wir wollen vor allen Dingen erreichen, dass das Zusammenwirken von Land und Schulträger jeweils vor Ort auf eine qualitativ höhere Stufe gebracht wird - zum Wohle der jeweiligen Schulen und zum Wohle der Kinder und Jugendlichen, die in diese Schulen gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben doch auch hier Erfahrungen. In der einzelnen Region ist es für die Schulentwicklung wichtig, wenn sich die Schulen untereinander vernetzen. Gucken Sie doch nach Leverkusen. Gucken Sie doch nach Herford.

Herr Reul - wenn ich Sie direkt ansprechen darf -, ich würde mich darüber freuen, wenn Sie das Pfund, das Sie in Leverkusen mit der Schulentwicklung haben, auch positiv würdigen würden

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (C) und nicht immer nur an den einzelnen Stellen warnende Bilder an die Wand malen und geradezu Menetekel entwerfen. Das ist überhaupt nicht gerechtfertigt.

Wir brauchen - das sagen viele - auch positive Stimmungen. Und wenn Sie fachlich entsprechende Grundlagen haben, sollten wir uns doch über diese Entwicklungen freuen.

Natürlich wird das kommunale Selbstverwaltungsrecht gewahrt. Ohne Zustimmung des Schulträgers wird sich keine Schule am Modellvorhaben beteiligen können. Aber meine Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und viele Briefe aus dem Land - wie gesagt: aus ganz unterschiedlichen politischen Richtungen - zeigen mir: Das Interesse auch der Schulträger ist riesengroß.

Ich setze auch voraus, dass es eine breite Akzeptanz an der einzelnen Schule gibt. Die Schulkonferenz muss nach meinen Vorstellungen schon mit einer qualifizierten Mehrheit entscheiden. Es nutzt überhaupt nichts, wenn nur ein Schulleiter etwas will oder nur kleinere Teile eines Kollegiums gegen andere etwas wollen. Das geht nicht. Man braucht schon eine breite Akzeptanz.

- (D) Die konkrete Durchführung wird Gegenstand der Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulträgern, Schulen und Schulaufsicht sein. Dabei müssen auch die jeweiligen Ziele vereinbart werden. Und diese jeweiligen Ziele werden durchaus unterschiedlich sein können - je nachdem, welche Schwerpunkte die einzelnen Schulen dabei setzen. Soll ich die denn etwa normieren? Soll ich wirklich normieren, was man da an Unterstützungsleistung womöglich noch pro Schüler an welcher Stelle wie erbringt? Das brauchen wir doch nicht. Deshalb: Der Prozess ist wichtig.

Die Rolle der Schulleitungen wird sich ganz erheblich verändern. Sie werden dabei Unterstützung brauchen. Und wir brauchen natürlich auch eine Vertretung der Lehrkräfte, der Beschäftigten an den Schulen auf der Ebene der einzelnen Schule, wenn die Schule tatsächlich Dienststelle geworden ist. Auch das ist richtig.

Ich denke, der Versuch wird zeigen, wie wir Schulmitwirkungsgesetz und Landespersonalvertretungsgesetz so verknüpfen können, dass in einem Gremium an der Schule die Mitbestimmungsrechte der Beteiligten auch tatsäch-

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) lich gewahrt werden. Das werden wir dann sehen.

Das Schulbudget und seine selbstständige Bewirtschaftung - vielleicht auch mit einer gegenseitigen Deckungsfähigkeit zwischen Schulträgeranteilen und anderen - wird in der Entwicklung eine spannende Frage sein.

Unterm Strich: Wir sind bei der Profilierung unserer Schulen in der Tat Meinungsführer. Wir liegen in der Umsetzung weit an der Spitze.

Der Modellversuch schiebt nichts auf die lange Bank. Er bereitet weitere Schritte und Phasen sehr gründlich und systematisch vor. Und das, was sich jeweils an Innovationen in den Modellschulen bewährt, werden wir auch sehr rasch allen anderen Schulen dann jeweils ermöglichen.

Auf die weiteren Passagen im Gesetz will ich nur kurz hinweisen. Sie sind nicht einfach Anhängsel, sondern Änderungen im Schulmitwirkungsgesetz und im Landespersonalvertretungsgesetz bezogen auf die Organisation der Schule. Sie sind von hoher Bedeutung, auch für die weitere Entwicklung an allen Stellen. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass diese Änderungen manches von dem, was als bürokratische Hürde benannt wird, tatsächlich beseitigen werden.

(B)

Dabei geht es - ich unterstreiche das noch einmal - nicht um eine Gesamtnovellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, sondern um organisatorische Probleme, die bei der Besetzung von Stellen für Unterricht an Schulen zu besonderen Verwerfungen führen. Diese wollen wir beseitigen. Und das ist wichtig.

Also, meine Damen und Herren: Das, was sich vor Jahren als Vision entwickelt hat - Schule als selbstständiges Haus des Lernens -, wird jetzt konkret und nimmt Gestalt an. Je deutlicher sich abzeichnet, wohin die Reise geht, desto größer wird die Unterstützung auf dem Weg zu diesem Ziel hin.

Wir haben reformfreudige Schulen. Wir haben experimentierfreudige Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben innovative Schulträger. Sie alle werden getragen von dem Bemühen, hier weiterzukommen und sich nicht in lähmenden Alltagsdiskussionen zu erschöpfen. Sie alle werden sich für die Verbesserung des Unterrichts und der schulischen Arbeit insgesamt einsetzen.

Hier handelt es sich nicht um ein grünes Projekt. Frau Löhrmann, das will ich sehr deutlich sagen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Es handelt sich insgesamt um ein Projekt für unsere Schulen, in dem wir zwischen der völligen Freiheit auf der einen Seite, von der wir alle gern träumen und die Sie richtigerweise dem Idealismus zugeordnet haben, und der staatlichen Verantwortung auf der anderen Seite eine klare und neue Justierung vornehmen müssen. Das ist die entscheidende Aufgabe. Deshalb sind Qualitätssicherung und Freiheit auch kein Widerspruch, sondern beides gehört zueinander.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist beendet.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Ich komme zum Schluss. - Natürlich werden wir bei allen Stimmungen im Land die Kurve von der Euphorie zur Ernüchterung haben. Es kommt aber darauf an, die Mühen der Ebenen mit Optimismus und Zukunftssicherheit anzugehen. Ich bin davon überzeugt, dass genügend im Land bereit sind, da mit zu tun. Und die werden alle anderen nachziehen. Davon bin ich genauso überzeugt. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Reul das Wort. Bitte schön.

Herbert Reul (CDU)*: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das An-der-Spitze-der-Bewegung-Stehen haben wir in Nordrhein-Westfalen häufig erlebt. Die Wirklichkeit sah leider immer so aus: Wir standen hinten. Darauf hat der Kollege Recker eben hingewiesen.

Für uns gibt es in der schulpolitischen Debatte nur einen Maßstab. Alles das, was wir machen, dient dem Zweck, dass Kinder und Jugendliche eine bessere Zukunftschance haben.

(Beifall bei der CDU)

(Herbert Reul [CDU])

(A) Und hier haben wir außerordentlich viel nachzuholen. Das ist richtig.

Damit ein Märchen geklärt wird: Natürlich war die CDU sehr, sehr früh an der Spitze und hat gesagt: Wir müssen den Schulen mehr Selbstständigkeit geben,

(Ministerin Gabriele Behler: Wann und wo?)

weniger bürokratische Regelungen und Gängelung, aber - und das ist genau richtig - nicht Beliebigkeit. Das ist genau der Punkt, der diskutiert werden muss. Der Kollege von der FDP hat auch darauf hingewiesen.

Das erste Beispiel, das ich Ihnen einmal nennen will, stammt aus dem Jahr 1985. 1985 haben wir hier im Landtag einen Antrag eingebracht, dass die Schulen dezentral ihre Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern selbst organisieren sollen. Soll ich Ihnen einmal vorlesen, was die Kollegen der SPD damals alles vorgetragen haben? Das ist wirklich abenteuerlich. Herr Jaax hat damals vorgetragen:

"Eine dezentrale, nur auf eine Schule bezogene Einstellung wäre auch in höchstem Maße ungerecht, da zu viel von subjektiven Zufälligkeiten abhinge. Wer soll denn den gerechten Bedarf an den einzelnen Schulen ermitteln?"

(B)

Oder an anderer Stelle:

"Wollen Sie, frage ich Sie, ernsthaft die arbeitslosen Lehrer einem solchen totalen Windhundverfahren aussetzen?"

Oder Herr Heidtmann:

"Wie soll das nun mit den Entscheidungsbefugnissen an den einzelnen Schulen aussehen? Soll der Direktor das allein in die Hand nehmen? Soll der Lehrerrat, das Kollegium, die Schulkonferenz zuständig sein? Kommt es bei diesen Entscheidungen möglicherweise auch auf Haarfarbe oder Gesichtsausdruck an?"

Sie haben sich 1985 über unsere Vorschläge lächerlich gemacht und ziehen jetzt die dicke Schau ab, als wären Sie diejenigen, die das erfunden hätten!

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt die nächste Frage, wenn Sie mehr Selbstständigkeit von Schule wollen. Das haben

wir immer wieder angemahnt. Wir haben Ihnen gesagt: Schmeißen Sie den ganzen Kram der Verordnungen in den Müll, sorgen Sie dafür, dass die vielen Verordnungen, die in diesem jeder Schule leidlich bekannten Werk auf über 1.100 Seiten zusammengefasst sind, in den Mülleimer kommen, wenn Sie mehr Selbstständigkeit von Schule wollen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten das längst machen können. Wir brauchen wirklich Selbstständigkeit und weniger Bürokratie und nicht irgendwelche theoretischen Abhandlungen.

Ich kann Ihnen gern einmal ein paar Verordnungen vorlesen. Es gibt eine Richtlinie für Sicherheit an schulischen und außerschulischen Lernorten: Gefährdung von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften durch Tierpräparate. Da gibt es eine präzise Beschreibung, wie man damit umgeht:

"Bei der Demonstration ist dafür Sorge zu tragen, dass zum einen jeglicher Kontakt mit dem Präparat selbst und zum anderen eine vom Präparat ausgehende Freisetzung von Stäuben unterbleibt. Dies kann durch die Verpackung in staubfreien transportbereiten Behältnissen geschehen." (D)

Oder an anderer Stelle:

"Werden Tierpräparate ohne oben angegebene Verpackungen ..."

Ich höre auf. Ich könnte Ihnen da Sachen vorlesen, da fallen Sie um,

(Beifall bei der CDU)

was in Nordrhein-Westfalen alles geregelt ist, und zwar nicht von uns, sondern von Ihnen, von Ihnen, die Sie dafür zuständig sind und die Möglichkeit hätten, Freiräume zu schaffen.

Bei Schulwanderungen gibt es Vorschriften - wenn man sie liest, glaubt man nicht, nach was sich Lehrerinnen und Lehrer alles richten müssen. Zum Beispiel muss, wenn sie mehr als zwei Wochen Klassenfahrt machen wollen, der darüber hinausgehende Teil in die Ferien gelegt werden. Oder:

"Bei mehrtägigen Veranstaltungen, die mit höheren finanziellen Belastungen verbunden

(Herbert Reul [CDU])

(A) sind, ist die Entscheidung in geheimer Abstimmung vorzunehmen."

Es ist herrlich, was Sie alles regeln! Sie reden, Sie wollten den Schulen Freiräume geben, und Sie haben in den letzten 20, 30 Jahren Schulen mit Vorschriften über Vorschriften getrietzelt. Das ist die Wahrheit. Ich würde an Ihrer Stelle dafür sorgen, dass diese Vorschriften ganz stark entschlackt werden und ein großer Teil dieses Unsinn, der hier formuliert ist, aus dem Verkehr gezogen wird.

(Beifall bei der CDU)

Dann wären wir schon ein paar Meter weiter. So viel zur Wahrheit und zu dem Thema, meine Damen und Herren.

Ich möchte ein Stückchen weitergehen und auch noch einmal begründen, wie unehrlich diese Debatte ist. Diese Debatte wird von der Regierung deshalb unehrlich geführt, weil immer gesagt wird: Wir wollen alle beteiligen. Herr Recker hat eben darauf hingewiesen: Wenn es ganz konkret wird, wird die Gesetzeslage so organisiert, dass die Beteiligung unterlaufen wird. Die Verbände haben keine Chance, sich zu beteiligen. Das sind doch hohle Phrasen, die vorgetragen werden: Wir wollen mehr beteiligen, alle können mitwirken. Aber die erste Chance der Beteiligung wird zerstört, wird nicht möglich gemacht.

(B)

Wenn Sie mehr Akzeptanz wollen, dann müssen Sie Menschen an diesem Sachverhalt beteiligen. Und wenn Sie wollen, dass das, was Sie vortragen, ernst genommen wird, dann dürfen Sie nicht Projekte auf den Weg setzen, die in zehn Jahren Wirkung haben. Sie können doch heute schon einmal an den Stellen die Schulen von bürokratischer Gängelei befreien, wo Sie es sofort können. Vor ein paar Monaten haben Sie noch befohlen, was die Schulen machen müssen, wenn die Sonnenfinsternis kommt - das war die größte Veranstaltung -:

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

wer mit wem wann unter welchen Bedingungen in den Keller gehen muss. Das war eine starke Vorschrift!

Liebe Frau Ministerin, ebenfalls zu "mehr Freiheit": Stellenreserve an Schulen, damit Schulen die Chance haben, selber ihr Defizit auszugleichen. Das war ein Vorschlag von uns. Wer hat

diesen Vorschlag eigentlich abgelehnt? Sie doch! Sie wollten das alles hier zentral regulieren. Das ist doch die Wahrheit. Sie waren überhaupt nicht bereit, auch nur auf einen dieser Vorschläge einzugehen. Das ist halbherzig, das ist unehrlich, und das ist sehr unklar, was da passiert. Ich habe große Sorge, dass bei dem Projekt am Ende übrigbleibt, dass diejenigen, die vor Ort die Verantwortung tragen, die Zeche für das Spiel bezahlen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen geklärt werden. Das kann nicht zum Nullsummenspiel nach dem Motto werden: Sollen die Kommunen sehen, wie sie mit dem Geld auskommen! Oder: Sollen die Schulleiter das doch selbst organisieren! Sie müssen die Rahmenbedingungen klären; sonst ist das auch wieder unehrlich, ungerecht und unfair, was hier dargeboten wird.

(C)

Wer will, dass Schule mehr Selbstständigkeit hat - und wir wollen das -, der muss gleichzeitig dafür sorgen, dass der Qualitätsmaßstab stimmt. Deshalb ist für mich schon hoch interessant, dass in dem, was jetzt vorliegt, zu vielem vieles steht. Zum Beispiel wird die Frage des Lehrerrats und die Mitwirkung an Schulen detailliert beschrieben. Aber die Frage der Qualitätssicherung taucht da gar nicht auf, wird nicht geregelt. Wieso eigentlich nicht? Da werde ich sehr nachdenklich, ob nicht doch die Idee der Beliebigkeit dahintersteckt. Und genau das ist der Unterschied: Schulen mehr Selbstständigkeit geben - jawohl, sofort, noch schneller, und zwar für alle -, aber nicht in Kauf nehmen, dass Abschlüsse von Schulen nicht mehr vergleichbar sind und Schüler nicht mehr die gleichen Chancen haben.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Da beißt die Maus keinen Faden ab: Mehr Selbstständigkeit bekommen Sie nur hin, wenn Sie gleichzeitig eine ordentliche Schulaufsicht haben, wenn Sie klare und deutliche Richtlinien und Lehrpläne haben und wenn Sie zentrale Abschlussprüfungen haben. Alles andere gefährdet die Zukunftschancen von jungen Leuten, weil sie mit ihrem Abschluss keine Qualitätssicherung haben und weil am Ende die Vergleichbarkeit nicht gesichert ist.

Dann würde ich mir wünschen, dass bei all den Projekten, die wir in den letzten Jahren ...

(A) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Reul, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Herbert Reul (CDU)*: ... hier erlebt haben, von Sozialdemokraten allein oder in Kombination mit den Grünen, vielleicht bei irgendeinem Modellprojekt am Ende auch einmal ein Ergebnis bekommen. Über Evaluation wird ja immer geredet. Da gibt es zwei Ergebnisse. Frau Ministerin, Sie haben darauf hingewiesen: Leverkusen und Herford. Da gibt es Modellversuche. Warum wird eigentlich nicht ein Ergebnis vorgelegt, bevor man den nächsten Schritt tut?

(Ministerin Gabriele Behler: Weil sie doch alles selber machen sollen!)

Das Ergebnis können Sie doch vorlegen. Oder brauchen Sie dafür so lange Zeit, wenn das alles so einfach und klar ist? Das soll keine Verzögerung bedeuten; missverstehen Sie mich bitte nicht. Ich möchte nur die Ergebnisse mit in die Beratungen hineinnehmen können, nicht mehr und nicht weniger. Das wäre doch das Normalste von der Welt. Es könnte ja z. B. herauskommen, dass die Ergebnisse so super und eindeutig sind, dass man direkt zu Entscheidungen kommen kann, wie man es für alle Schulen machen kann. Das wäre ja eine Konsequenz, die man ziehen könnte.

(B)

Insofern ist es also unehrlich, was hier diskutiert wird, und das stört mich sehr. Ich möchte keine Schulen, wo am Ende die Qualität für die Kinder nicht mehr gesichert ist, wo Noten abgeschafft werden und ähnliche Spielereien stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Reul, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Herbert Reul (CDU):* Last but not least: Sie können mit der CDU rechnen, wenn es darum geht, für Schulen mehr Selbstständigkeit zu organisieren - mit voller Unterstützung und Beschleunigung. Sie können mit uns nicht rechnen, wenn es darum geht, Schulen und Kindern die Chancen zu nehmen, weil ihre Abschlüsse nichts

mehr wert sind. Dieses Problem haben Sie in Nordrhein-Westfalen schon bisher. (C)

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Reul. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Große Brömer das Wort.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Herr Reul, wenn Sie als allererste Prämisse formulieren, dass Ihnen als CDU das Wohl und Wehe der Schüler am Herzen liege und das der Maßstab aller Entscheidungen sein solle, dann dürfen Sie nicht im gleichen Atemzug dazu auffordern, die Erlasse, die in erster Linie dem Gesundheitsschutz der Schülerinnen und Schüler dienen sollen, in die Tonne zu kloppen - unkritisch, ohne zu hinterfragen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

- Hören Sie doch einfach zu! - Ihr allererstes Zitat bezog sich auf Gesundheitsgefährdung durch Tierpräparate. Das war damals, als der entsprechende Erlass herausgegeben worden ist, in der aktuellen Diskussion. Es war hilfreich für die Schulen, dass das Schulministerium, die Bezirksregierungen sehr schnell reagiert und den Schulen Hilfestellung gegeben haben. (D)

Herr Reul, ein Zitat aus der Plenardebatte vom 29. November 2000 von Ihrer Kollegin Kastner zum seinerzeitigen Tagesordnungspunkt "Schule der Zukunft gestalten - Dialog zum Modellvorhaben 'NRW Schule 21' vorbereiten": "Es wäre zu schön, um wahr zu sein." - Das war eine der zentralen Aussagen Ihrer CDU-Kollegin, Herr Reul, zu diesem Vorhaben.

Die Gründe für die Ablehnung dieses Antrags waren - zumindest für die Mehrheit dieses Parlaments - etwas vorschnell und etwas unverständlich formuliert, nämlich dass es nicht schnell genug gehe, dass alle Schulen sofort in den Genuss dieser Möglichkeiten kommen sollten und dass es sofort und ohne lange Diskussion gemacht werden sollte. - Aber dann verstehe ich absolut nicht mehr, wenn Ihr Kollege Recker seinen heutigen Redebeitrag damit beginnt: Die Beteiligung hat

(Wolfgang Große-Brömer [SPD])

- (A) nicht stattgefunden. Deswegen muss das Ganze etwas mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Große Brömer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Reul zu?

Wolfgang Große Brömer (SPD): Ich habe nur noch zwei Minuten Redezeit, Frau Präsidentin, und möchte meinen Redebeitrag gerne erst zu Ende führen. Wenn dann noch Zeit ist, kann Herr Reul seine Frage noch stellen.

Ich sehe da einen Widerspruch. Der zieht sich eigentlich durch die gesamte Argumentationslinie der Oppositionsfraktionen. Auch die FDP hat seinerzeit gesagt, Herr Witzel: Zu 80, 85 und mehr Prozent können wir den Inhalten zustimmen. - Aber warum nicht sofort, warum nicht für alle Schulen? Wie auch in seinem heutigen Redebeitrag hat er das mit der ewigen Qualitätssicherungsdiskussion verknüpft, zu der Antworten im Gesetzentwurf zu finden sind, wenn man ihn aufmerksam liest.

- (B) Wir wollen die Beteiligung. Diese wird eingeleitet. Erst durch die Öffnungsklausel, durch den Gesetzentwurf, den wir heute in erster Lesung beraten, wird die Möglichkeit geschaffen, dass sich Schulen im nächsten Schuljahr für dieses Projekt bewerben können, sich Gedanken darüber machen können, in einem breiten Diskussionsprozess ihre Pläne vorstellen können. Dann beginnt der Modellversuch. Wer da von zu wenig Beteiligung spricht, der hat den Gesetzentwurf und die Diskussion nicht verstanden.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wer fordert: "Wir machen alles, aber für alle Schulen und sofort", der hat ebenfalls nicht verstanden, dass wir insbesondere mit der Stärkung der Schulleiterfunktion, mit dem Ausbau der schulischen Mitbestimmung in ganz entscheidenden Fragen, mit den Möglichkeiten der Neudefinition, Neuorientierung und Neuorganisation von Lehrerarbeitszeit im Grunde genommen kleine bildungspolitische Revolutionen auf den Weg gebracht haben, die der Erprobung bedürfen, die auch vorbereitet werden müssen, die diskutiert werden müssen. Da kann man nicht sagen: Wir

- machen das von heute auf morgen und wollen keine Beteiligung. (C)

Zwei Sätze seien mir vielleicht noch erlaubt: "Die Schulen müssen mehr tun", hat Herr Witzel eben beklagt. In der Tat: Die Schulen müssen, wenn sie sich an diesem Projekt beteiligen wollen, mehr tun. Aber sie wollen das auch. Sie drängen nämlich darauf, sich zu beteiligen und auszuprobieren.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Da sind wir, glaube ich, in der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen inzwischen sehr viel weiter, als die beiden Oppositionsfraktionen das wahrhaben wollen.

In meiner Heimatstadt hat der Rat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, Voraussetzungen für die Beteiligung der Stadt Oberhausen an diesem Modellversuch zu schaffen - nach einem Diskussionsprozess mit einer ganzen Reihe von Schulleitungen, von Eltern, von Schulpflegschaften. Der Rat hat einstimmig beschlossen, mit den Stimmen von FDP und CDU. Ich glaube, die Landtagsfraktionen von FDP und CDU wären gut beraten, dem Erkenntnisprozess dieser Kommunalfraktionen zu folgen. Offensichtlich ist da mehr Bereitschaft vorhanden, sich zu öffnen, als hier im Landtag. Vielleicht informiert man sich direkt bei diesen Fraktionen. Das kann dem Prozess nur dienlich sein.

Ich will mit einem Zitat von Frau Pieper-von Heiden vom 29. November 2000 schließen. Das ist der allerletzte Satz, den ich Ihnen jetzt zumute. Frau Pieper-von Heiden hat gesagt:

"Meinten Sie Ihren Antrag wirklich ernst, könnte man über einige Punkte wirklich nachdenken und sie unterstützen."

Frau Pieper-von Heiden, meine Damen und Herren, wir meinen diesen Antrag ernst. Bitte denken Sie nach, unterstützen Sie ihn. Das kann für die Bildungspolitik in unserem Land nur gut sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Große Brömer. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Pieper-von Heiden das Wort. Bitte schön.

(D)

(A) **Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestaltungsfreiheit und Selbstverantwortung für die einzelne Schule - das ist ein uraltes liberales Anliegen. Sie nennen es "Schule 21". Damit ist die Schule im 21. Jahrhundert gemeint, also die Schule an der Schwelle zur Zukunft.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen. Das ist das bevölkerungsreichste Bundesland, und außerdem hat es die schwierigsten Schulprobleme zu bewältigen, aus verschiedenen Gründen. Folgen wir einmal nur einen Moment lang einer Vision: Wir erleben, dass alles ganz anders wird, dass sich alle Lehrer gewaltig anstrengen, dass Schüler, die einfach nicht auf eine bestimmte Schule passen, an eine andere Schule wechseln, dass der Ton, das Miteinander anders werden, dass nicht nur die Lehrer von den Schülern mehr Leistung verlangen, sondern dass sich in erster Linie die Schulträger bemühen, die für die einzelnen Klassenstufen, ja für die einzelnen Klassen geeigneten Lehrer tatsächlich in diesen Klassen unterrichten zu lassen, dass sich die Schüler plötzlich für ihre Schule zu begeistern beginnen und dass sie auf ihre Schule stolz sind.

(B) Noch wissen wir nicht, dass dies irgendetwas mit einer Finanzreform zu tun hat. Wir wissen nur, dass der Schulträger gewechselt hat und dass jetzt Schulträger der einzelnen Schule ein Verein von Lehrern ist.

Aber es hat natürlich auch mit einer grundlegenden Finanzreform zu tun. Ein Schulbeitrag wird von der Landesregierung unterschiedlich nach Schulform, Klasse, zum Teil auch Größe und Sozialstruktur des Ortes einheitlich geregelt. Diesen Beitrag zahlen nicht die Eltern, sondern er wird bis zum Abschluss der zwölften Klasse, die - leider auch nur in der Vision - die letzte ist, von der Landesregierung direkt an die einzelnen Schulen gegen Nachweis der Anzahl der Schüler gezahlt.

Voraussetzung für die Zahlung ist, dass die Schulen kein eigenes Schulgeld erheben und grundsätzlich allen Bevölkerungsgruppen offen stehen. Es gibt also keine Schulen, die nur türkische oder nur deutsche oder nur Kinder aus wohlhabendem Elternhaus aufnehmen. Wohl ist es zulässig, die Aufnahme in weiterführende Schulen von Leistungsprüfungen abhängig zu machen oder Schüler wegen Verstoßes gegen die Schulordnung von der Schule zu verweisen. Während der ersten

zehn Klassen, also während der gesetzlichen Schulpflicht, ist allerdings Voraussetzung dafür, dass die Schule, die den Verweis ausspricht, eine andere Schule nachweist, die bereit ist, den Schüler aufzunehmen. Gut vorstellbar, dass sich eine breite Diskussion über Erziehung und Werthaltung dabei erübrigen würde.

So oder ähnlich stelle ich mir die Schule 21 vor. Doch was sich hier mit einem so hoffnungsvollen Titel schmückt, ist keine Vision, Frau Ministerin, keine wirkliche Innovation im Sinne von "bisher noch nie da gewesen", sondern bereits gelebte Realität. Denn wir haben sie doch - gut 400 allein hier in Nordrhein-Westfalen. Präzise gesagt: Wir haben 410 private Ersatzschulen, die selbstverständlich allesamt über die vollständige Personal- und Budgethoheit verfügen, die sie offerieren, mehr pädagogische Qualität und mehr Selbstständigkeit, viel weiter gehende curricularé Freiheiten, solange die Vergleichbarkeit der Abschlüsse gewährleistet ist, wo sich die Rolle der Schulleitungen nicht mehr zu verändern braucht. Hier sind die Schulleiter selbstverständlich auch die Chefs. Es dürfte schwer fallen, auch nur eine einzige private Ersatzschule zu benennen, die an Qualität und Standard nicht an die beste öffentliche Schule heranreicht.

(Ministerin Gabriele Behler: Da kenne ich viele!)

Wozu in aller Welt brauchen Sie da noch den Modellversuch, Frau Ministerin - und das auch noch über sechs Jahre -, um festzustellen, dass es erfolgreich funktionieren kann? Es funktioniert. Warum machen Sie Ihre Schule 21 nicht jetzt gleich und im ganzen Land zur Regel? Wir können nicht weitere sechs Jahre warten, bis dieses System eventuell auf alle Schulen übertragen wird. Wir bewegen uns doch nicht mehr im Zeitalter der Postkutschen.

Machen Sie sich die Erfahrungen der privaten Schulen zunutze, Frau Ministerin. Sie würden nicht nur viel kostbare Zeit einsparen, nein, dies wäre gleichzeitig ein Beitrag zu Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Denn Ihr Modellversuch ermöglicht nur wenigen Schulen im Lande den Fortschritt. Die anderen hinken hinterher. Sie können es sich nicht einmal anders aussuchen, denn Sie sagen doch ganz klar, das Modellprojekt Schule 21 soll nur in einzelnen Modellregionen durchgeführt werden, in denen mehrere Schulen und ihre Schulträger zur Teilnahme bereit sind. Die

(C)

(D)

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

- (A) einzelne Schule mit vielleicht großer Innovationskraft hat dagegen überhaupt keine Chance, in das Projekt aufgenommen zu werden, wenn nicht die ganze Region es so will.

In den letzten 100 Jahren sind die großen Impulse in der Bildungspolitik stets von den Privaten ausgegangen. Entlassen Sie also die Schulen in die Freiheit - alle Schulen, vollständig und sofort. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Löhrmann noch einmal das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe lediglich noch eine kostbare Minute Zeit. Ich will deshalb nur das Wichtigste sagen.

- (B) "Sechs Jahre" heißt, es ist ein Angebot. Der Zeitraum kommt daher, weil man, wenn man auch ein Bildungsprogramm und nicht nur eine Verwaltungsreform durchführen will, ein solches Programm z. B. auch für die Sekundarstufe I planen muss.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht nach zwei Jahren und wann immer wir sehen, dass Bestandteile gut sind und gut funktionieren, in der Lage sein werden, das allen Schulen anzubieten. Das machen wir z. B. auch mit den Korrespondenzschulen. Das heißt, es sollen nicht wenige, sondern es sollen viele mitmachen.

Herr Witzel, Sie reimen sich etwas zusammen, obwohl klar und deutlich im Gesetzentwurf steht, dass es um Qualitätsentwicklung geht. Es geht um Qualitätsentwicklung, es geht auch um Sicherung, und es geht um vergleichbare Abschlüsse.

Aber anders als Sie - das ist der entscheidende Unterschied - glauben wir den Leuten vor Ort, dass sie dieses Ziel auch haben. Die Verantwortlichen vor Ort wollen, dass ihre Kinder und Jugendlichen möglichst viel und nicht möglichst wenig lernen. Deshalb ist das völlig absurd gewesen, was Sie hier dargestellt haben.

- (C) Noch eine Anmerkung: Herr Reul, von Ihnen hätte ich etwas anderes erwartet. Natürlich nervt uns diese dicke BASS auch. Aber dann müssen wir uns auch einmal die anderen Länder anschauen. Da sieht es, fürchte ich, nicht viel besser aus.

Sie hätten doch erst einmal loben können, dass wir hier wirklich ein verdammt schlankes Gesetz hinbekommen haben. Das hätte ich erwartet. Parallel gibt es die Beschreibungen, was man inhaltlich will. Das ist im ersten Antrag und in der Projektskizze enthalten.

Dazu wird natürlich ein umfassender Beteiligungsprozess ablaufen. So werden wir eine Anhörung durchführen, bei der alle Beteiligten ihre Anmerkungen dazu zu Papier bringen und darüber mit uns diskutieren werden. Diese Anhörung werden wir im Schulausschuss beschließen.

Wir als Grüne haben im Vorfeld in unzähligen Veranstaltungen hier im Landtag, vor Ort und in den Regionen unseren Beteiligungsprozess zumindest gestaltet. Aber Beteiligung heißt natürlich nicht, es immer allen recht zu machen. Das geht manchmal nicht.

- (D) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Frau Löhrmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Pieper-von Heiden hat, glaube ich, auch länger gesprochen.

Man muss deshalb einen Abwägungsprozess vornehmen.

Noch ein Satz dazu, wer dieses Projekt will und vorbereitet hat: Mit der gleichen Verve, Frau Behler, mit der Sie darstellen, dass sich darauf die Sozialdemokratie vorbereitet hat, haben auch wir Grüne uns darauf vorbereitet. Wir haben "NRW Schule 21" zum Motto gemacht. Ich bin sehr froh, dass in dieser Fragestellung Rot und Grün so gut zusammengelassen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) Ich lasse daher **abstimmen** über die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes Drucksache 13/1173** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend -, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie an den **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so **angenommen**.

Ich rufe auf:

5 Reform und neue Formen der Lehrerbildung auf breite und zukunftsfeste Grundlagen stellen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1160

Ich weise auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/1215** hin.

- (B) Ich **eröffne** die **Beratung**. Als Erstes spricht Frau Ley für die Fraktion der CDU zu uns. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Marie-Theres Ley (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Karl Jaspers schrieb einmal: "Das Schicksal eines Volkes entscheidet sich daran, was es für Lehrer hat und wie es sie achtet." Was haben wir für Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen, und wie achten wir sie? Stimmt das negative Urteil, das zwei der CDU nicht nahestehende Pädagogikprofessoren Mitte der 90er-Jahre den Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland ausstellten? Prof. Tenorth sprach davon, dass ein Drittel aller Lehrerinnen und Lehrer unqualifiziert sei, der Hamburger Reformpädagoge Peter Struck ging gar von 70 % aus, die ihren Job schlecht machten und deren Unterricht nichts taue.

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen stimmt das nicht. Wir haben eine ganze Menge guter Lehrerinnen und Lehrer, die tagtäglich unter schwierigsten Bedingungen ihre Arbeit gut verrichten. Aber - auch das ist Realität - viele Lehr-

personen fühlen sich der heutigen Schulwirklichkeit nicht gewachsen. Immer mehr junge Lehrer fühlen sich auf die Anforderungen ihres Berufes nicht richtig vorbereitet. (C)

Schon 1998 legte die CDU-Fraktion deswegen einen Antrag zur Lehrerbildung vor. Angesichts der beklagten Praxisferne und fehlender Fachdidaktik forderten wir eine Stärkung der Pädagogik in der ersten Ausbildungsphase und gleichzeitig eine Reform des Referendariats. Wir machten eine Reihe weiterer zukunftsweisender Vorschläge. Aber wie es damals üblich war - Rot-Grün lehnten unsere Vorschläge ab.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Noch immer!)

- Und auch heute. Richtig.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das eingehen, was Frau Ministerin Behler in der letzten Aktuellen Stunde gesagt hat: Wir würden nur kritisieren und keine Konzepte vorlegen. Ich erinnere daran, schon 1995 haben wir ein Konzept zur Hochbegabtenförderung vorgelegt. Wir legten ein Konzept zur Verbesserung der Hauptschule sowie u. a. 1996 zur Reform der Hochschulen vor. Alle Anträge wurden abgelehnt.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Unbelehrbar!) (D)

Aber auch die Regierungsfractionen haben schon vor zwei Jahren von den Defiziten der heutigen Lehrerbildung gesprochen. Sie bemängelten die Praxisferne und die mangelnde Verknüpfung von theoretischen und schulpraktischen Studien. Sie brachten damals einen Antrag ein - bis heute hat sich nichts getan. Die Reform der Lehrerbildung wurde weiter auf die lange Bank geschoben. Jetzt soll es auf einmal ganz schnell gehen.

Der 1999 von der Landesregierung eingesetzte Expertenrat hat in seinem Abschlussbericht vom 20.02.2001 zur Lehrerbildung Stellung genommen. Er stellt fest: Der Lehrerbildung an den Hochschulen des Landes kommt nur ein untergeordneter Stellenwert zu. Die Investitionen in die Lehrerbildung an den Universitäten unterbleiben weitgehend. Sie fristet an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen ein stiefmütterliches Dasein.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Engagement und Eigeninitiative der Hochschulen werden durch eine selbst von Fachleuten nicht